

b&k Berichte und Kommentare

1/2020

- Kirchenpolitik zwischen Käßmann und Trump
- Rechtspopulistische Christen gewinnen in der Kirche an Boden
- Wie Gemeinden die Umwelt managen
- So kann´s mit der Kirche (nicht) weitergehen

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



- 3 Editorial
- 4 Kirchenpolitik zwischen Käßmann und Trump - Nachlese zur AEE-Demokratie-Tagung / Aus dem Impulsreferat von Peter Bubmann
- 7 Woran denken Sie bei „Demokratie in der Kirche“? - Stichpunkte aus der Diskussion der AEE-Jahrestagung
- 9 Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam? Rechtspopulistische Christen gewinnen in der Kirche an Boden / Von Gerhard Monninger
- 12 Wie die Gemeinden die Umwelt managen / Von Christina Mertens
- 13 Von Drahteseln, Gewohnheitstieren und konfusen Affen / Von Martin Kleineidam
- 15 Facebook und Kirche - mit dem Teufel paktieren? / Von Hans-Gerhard Koch
- 16 So kann´s mit der Kirche (nicht)weitergehen – Zur Freiburger Studie / Von Lutz Taubert
- 18 Wenn Pfarrer/innen in die Politik wollen ... / Von Hans-Willi Büttner
- 20 Was der AEE von der Landessynode erhofft
- 22 2019 war ein gutes Jahr – für die Rüstungsindustrie / Von Hans-Gerhard Koch
- 23 „Und jaget dem Frieden nach“ / Von Richard Strodel
- 25 Vor 30 Jahren Weltversammlung der Christen in Seoul / Von Lutz Taubert
- 29 Bericht aus dem Leitenden Team
- 30 Berichte aus den Regionalgruppen
- 31 Impressum
- 32 Das Letzte: Am Kippunkt / Von Lutz Taubert



März 2020

Liebe Leserin, lieber Leser, es sind die Tage der Münchener Sicherheitskonferenz, als ich über diesen Zeilen sitze. Und das demokratische Wahldebakel im Thüringer Landtag schiebt sich wie eine verheerende Mure durch die Republik. Demokratie, Sicherheit, Frieden – und wir träumen von kirchlichem Einfluss in Gottes Namen... Es gehört ein gerüttelt Maß sture Zuversicht dazu, um hinter dem „in der Welt habt ihr Angst“ lauter und deutlicher das „seid getrost“ und das „fürchtet euch nicht“ zu vernehmen. Und das „selig sind die Friedenstifter“ mit Leben zu füllen. Nein, mächtig sind wir nicht; ohnmächtig auch nicht. Was wir tun können, bewegt sich eher im Kleinen, aber nicht im Stillen, und wir hoffen doch etwas mit zu bewegen. Wir haben Stimmen gesammelt zu den demokratischen Strukturen unserer Kirche. Wir nehmen Anteil am zukunftssträchtigen Umweltmanagement in einer wachsenden Zahl von Gemeinden. Die Perspektiven sind ein schöpfungsfreundlicher Lebensstil und änderbare Gewohnheiten. Wir wollen nicht resignierend still werden, wenn wieder einmal der so nötige

Friede durch Verständigung im aufgeheizten Weltklima mit gigantischen Waffenlieferungen konterkariert wird. Und wir halten die Frage offen: Wohin soll da unser christlicher Beitrag führen?

Um die gleiche Frage geht es im Artikel zur Freiburger Studie über den Rückgang der Kirchenmitglieder. Und da ist angesichts der aktuellen Kommunalwahlen wieder die Diskussion nötig, ob man denn Pfarrern und Pfarrern, die sich auf ein politisches Mandat einlassen, im Gegenzug die Ausübung ihres Berufs verbieten muss. Wohin soll da unser kirchlicher Beitrag führen?

Was wollen wir eigentlich im AEE? Sind wir eine Lobby, eine Interessensgruppe?

Sind wir eine basisdemokratische Bewegung in der ELKB, oder maßen wir uns gar prophetische Vollmacht an?

Vielleicht ist dies nur eine hilfreiche Differenzierung, damit wir uns selbst Rechenschaft über unsere Motive geben. Aber eins ist klar: Diese Kirche ist unsere Kirche, und wir begeben uns in den Diskurs, damit sie eine offene Kirche bleibt und eine weit offenere wird.

Allen in die neue Synode Gewählten und Berufenen wünschen wir ein zuversichtliches Vertrauen und Gottes Segen für ihr wagemutiges Wirken zum Wohle der Menschen und zur Bewahrung der Schöpfung in und mit ihrer Kirche.

Hans-Willi Büttner

Nachlese zur Demokratie-Tagung des AEE

Kirchenpolitik zwischen Käßmann und Trump

Von Käßmann bis Trump als heimliche Vorbilder unserer Kirchenpolitik, vom untergeordneten Ehrenamtsparkament, nämlich der Landessynode, bis zum Profi-Konsistorium im Landeskirchenamt, das sich zum Nebenparlament aufschwingt: Soweit reichte die Spanne der Thesen, die Peter Bubmann dem AEE anlässlich seiner Tagung zum Thema „Das Kreuz der Kirche mit der Demokratie“ präsentierte. Bubmann, Professor für Praktische Theologie an der Universität Erlangen, hielt den Impulsvortrag zur Jahrestagung im Oktober 2019. Bubmann versteht sich als kirchenpolitisch interessierter Berater seiner Kirche, wird der nächsten Landessynode als entsandtes Mitglied angehören. Und ist nicht zuletzt auch AEE-Mitglied. Wir dokumentieren Ausschnitte aus seinem Vortrag:

Die Kirche—(k)eineDemokratie?

Die Wahrheit des Evangeliums ist in der Tat nicht einfach per Mehrheitsbeschluss feststellbar. Die „Demokratie“ der Kirche ist daher tatsächlich nicht einfach zu identifizieren mit den Spielformen der spätmodernen repräsentativen Demokratie, wie wir sie in unserem Staat vorfinden. Sie ist eine spezifische Form von Demokratie: Volk-Gottes-Demokratie oder Reich-Gottes-Demokratie. ...

Und da sind die neuzeitlichen Errungenschaften demokratischer Gewaltenteilung und Mitbestimmung aller Bürger eben auch in besonders guter Weise kompatibel zu den Bürgerrechten der Christengemeinde.

Die Frage nach der Demokratiefähigkeit der Kirche trägt daher nicht sachfremde Ideen an die christliche Kirche heran, sondern erinnert sie an ihre eigentliche Aufgabe und die dieser Aufgabe ent-

sprechende Gestalt und Ordnung der Kirche.

Kann Kirche Demokratie in ihren eigenen Leitungsstrukturen?

Kirche als Lebensform des Volkes Gottes hat auch in ihrer Gestalt die Gleichwertigkeit und die Beteiligungsgerechtigkeit ihrer Mitglieder zu spiegeln. ... Wer von der Gesellschaft Gerechtigkeit fordert, muss zuallererst in der Struktur der Kirche Beteiligungsgerechtigkeit exemplarisch vorleben. ...

Denn die Kirchen waren (von wenigen Friedenskirchen abgesehen) eben nicht die Speerspitze der demokratischen Entwicklung, und auch unsere lutherische Kirche hat die längste Zeit ihres Bestehens ihrem Anspruch, Vorboten des Reiches Gottes auch in ihrer eigenen Gestalt zu sein, eben gerade nicht entsprochen! Groß ist die Spur der Ausschließungen von Diskurs, Macht und Amt: Frauen,

Arbeiter, uneheliche Kinder und Partnerschaften, Alleinerziehende, Homosexuelle u.v.m.

Inwiefern ist unsere Kirche demokratisch?

Faktisch leben wir seit einiger Zeit in einer Mediendemokratie. Dies führt einerseits zu personalisierter Machtkonzentration auf wenige VIPs, andererseits zu simplifizierenden politischen Zuspitzungen nach den Systemimperativen der Massenmedien. In den Kirchen geschieht das ganz analog, sozusagen die „Käßmanisierung“ der Kirchenpolitik.

Ich kleide es in eine Frage: soll und darf der- oder diejenige den meisten Einfluss in der Kirche haben, der am schnellsten twittern und facebooken kann? Oder: Wie lässt sich eine Trumpisierung der Kirchenpolitik verhindern? ...

Aber die Kirchen lieben den innerkirchlichen Konsens, natürlich zuerst einmal mit guten Gründen: Denn das Evangelium ruft ja zur Eintracht. Wobei damit ja eigentlich nicht gemeint sein kann, Konflikte und Differenzen zu verdecken, wo sie eben vorhanden sind. ... Man muss auch als offene Volkskirche nicht alle Formen des Christentums integrieren (z.B. keine Neuauflage rechtsnationaler-völkischer Formen von Christentum).

Aber die Kirchen lieben den innerkirchlichen Konsens, natürlich zuerst einmal mit guten Gründen: Denn das Evangelium ruft ja zur Eintracht. Wobei damit ja eigentlich nicht gemeint sein kann, Konflikte und Differenzen zu verdecken, wo sie eben vorhanden sind. ... Man muss auch als offene Volkskirche nicht alle Formen des Christentums integrieren (z.B. keine Neuauflage rechtsnationaler-völkischer Formen von Christentum).

Aber die Kirchen lieben den innerkirchlichen Konsens, natürlich zuerst einmal mit guten Gründen: Denn das Evangelium ruft ja zur Eintracht. Wobei damit ja eigentlich nicht gemeint sein kann, Konflikte und Differenzen zu verdecken, wo sie eben vorhanden sind. ... Man muss auch als offene Volkskirche nicht alle Formen des Christentums integrieren (z.B. keine Neuauflage rechtsnationaler-völkischer Formen von Christentum).

Zur derzeitigen kirchlichen Leitungsstruktur in der ELKB:

Ich nehme ein Ungleichgewicht zwischen einem Ehrenamtsparklament (Landessynode) und einem Profi-Konsistorium (Exekutive) + Bischofsamt wahr. Die Beschleunigung der Entscheidungsprozesse und deren Komplexität überfordert die Landessynode strukturell deutlich stärker als



Das Podium bei der Jahrestagung: Peter Bubmann, Verena Osgyan, Hans-Willi Büttner, Martin Plümicke, Martin Kleineidam © Kleineidam

die professionelle LKA-Bürokratie. ...

Stichwort LSA: Das unbekannte Wesen! In Sachen Transparenz der Arbeit des LSA (Landessynodalausschuss) gibt es Luft nach oben. Faktisch arbeitet er ja als eine Art ständiger Vermittlungsausschuss zwischen Legislative und Exekutive; und faktisch entwickelt sich der LSA damit zum Nebenparlament.

Stichwort Oberkirchenräte: Ich empfinde die demokratische Legitimation der Regionalbischöfe und Oberkirchenräte im Landeskirchenrat als ausbaubar ... und plädiere für die direkte Wahl durch die Landessynode (wie es in anderen Landeskirchen ja auch geht, Beispiel EKHN Art. 32 KVerf).

... Geistliche Leitung geschieht vorrangig durch schriftliches und mündliches Wort, durch Argumentation und Plädoyer, durch Diskussion und Streit um den richtigen Weg. Dieser Diskurs geistlicher Leitung geschieht heute unter anderen Bedingungen als zur Gründungszeit des AEE. Artikel im AEE-Rundbrief sind gut, aber nicht ausreichend. Die diversen Formen von Öffentlichkeit müssen heute gespielt werden, um geistliche Leitung im Sinne freier Geistesmacht (nach F. Schleiermacher) wahrzunehmen. ... Der in den letzten Jahren (nicht in unserem Kirchenbezirk!) deutlich wahrzunehmenden Tendenz zu katholisierenden Amtsverständnis auf verschiedenen Ebenen der Kirchenleitung wäre m.E. durch eine offene Diskussion über das Leitungsamt zu begegnen (eine konkrete Aufgabe für den AEE, dies anzustoßen!). ...

Zum Selbstverständnis des AEE in einer polyzentrisch-parlamentarisch-konsistorial strukturierten Kirche

Zunächst liegt es nahe, den AEE schlicht als Lobby-Gruppe zu verstehen. Er speist bestimmte Interessen und Zielvorstellungen in die komplexen Leitungsstrukturen unserer Landeskirche ein. Dann käme es halt darauf an, ordentlich und fröhlich Lobby-Arbeit zu machen – und das möglichst professionell! ...

Ich habe die Kritik von Hans-Willi Büttner an der letzten Landessynode aber noch anders wahrgenommen: Hier wird der AEE eher als basisdemokratische Bewegung mit prophetischem Anspruch präsentiert. Das ist ein anspruchsvolles Projekt,

erkenntnistheoretisch wie praktisch. Vor allem dann, wenn man nicht (mehr) über eine sehr breite Basis verfügt. Inhaltlich teile ich hingegen übrigens die Kritik an der letzten Tagung der Landessynode: Hier wurde das Friedensthema verschenkt, ...

Der AEE könnte sich auch im Schleiermach'schen Sinne als Teil der Kirchenleitung verstehen (freie Geistesmacht). Dann ginge es darum, aktuelle Diskurse anzustoßen und zu organisieren, Themen zu besetzen und Machtpositionen selbstbewusst anstreben. So war es wohl in der Blütezeit des AEE. So dürfte es – wenn es nach mir geht – auch gerne wieder sein. Jedenfalls: Jammern allein reicht nicht. Es könnte ja sein, dass der AEE deshalb derzeit – gefühlt – so wenig Einfluss hat, nicht weil die Kirche undemokratisch ist, sondern gerade weil die Kirche sich inzwischen so stark wie nie zuvor der Struktur einer parlamentarischen Demokratie angenähert hat. Dann hülfe nur, sich neu zu formieren und sich auf die Spielregeln dieser Demokratie mit allen Finessen einzulassen, um mitspielen zu können! ...

Vielleicht erfähre man dabei dann nicht nur das Kreuz der Kirche mit der Demokratie, sondern zugleich auch die Auferstehung kirchendemokratischer Beteiligung.

Woran denken Sie bei „Demokratie in der Kirche“?

Demokratie im Wandel - Stichpunkte aus der Diskussion der AEE-Jahrestagung

1. Demokratiebedarf hinsichtlich des Binnenraums Kirche

- Urwahl der Synode
- Zeitbefristung als Kirchenvorstände/ Synodale für max. 2 Wahlperioden (12 Jahre)
- Bei Reduktion der Kirchenvorstandszeiten auf vier Jahre: drei Wahlperioden.
- Teilhabe von Menschen mit Migrationserfahrung an Entscheidungsprozessen (Quorum im Kirchenvorstand & in den Synoden)
- Wählbarkeit von kirchlichen Berufsgruppen zum Kirchenvorstand (Kirchenmusiker*innen, Diakon*innen...)
- Aufhebung von geborenen Mitgliedschaften im Kirchenvorstand
- Passives Wahlrecht für Pfarrer*innen ohne Gehaltseinbuße und ohne Wartestands-Regelung bei Kommunal- und Bezirkstagswahlen
- Wahl von oberen Verwaltungsmitarbeitenden und Dienstzeitbeschränkung wie im Pfarrerrecht (Verwaltungseinrichtungen bis hin zum Landeskirchenamt)
- Rotationsprinzip von Dekanatsstellen in den Dekanaten
- Wahl des Regionalbischofs/der Regionalbischöfin und Oberkirchenräte

alle sechs Jahre

- Taufe auch als Übereignung des Wahlrechts (ein Elternteil als Stellvertretung bis 14; christliche Erziehung zur Wahl)

2. Demokratiebedarf hinsichtlich des Raums in Bayern, Deutschland und Europa

- Einflussnahme und Mitwirkung der Kirche bei Entscheidungsprozessen z.B. bei Reform von Dublin III, Waffenexportegesetzen, Weltklimaerhalt ...
- Einsatz für ein Wahlrecht mit 16 im Freistaat, im Bund und bei Europawahlen
- Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Abgrenzung von Parteien, die Demokratie aufheben wollen.

Aufgabe der Neutralitätsideologie und Parteinahme für die Bedürftigen auf Grundlage von Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Frieden, Gleichheit und Freiheit.

Protokolliert von Martin Kleineidam

Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam?

**Rechtspopulistische Christen gewinnen in der Kirche an Boden.
Von Gerhard Monninger**

Nur ein paar Stunden, nachdem auf Befehl des Präsidenten der Vereinigten Staaten in Bagdad der iranische General Quassim Soleimani von einer Rakete in Fetzen gerissen worden war, besuchte Donald Trump eine evangelikale Kirche in Florida.

Er stand da in einem Kreis von Frommen, die einander an der Hand hielten und Gott um seinen Beistand baten. „Wir haben Gott auf unserer Seite“ sagte Trump, und das war auch die feste Überzeugung der treuesten unter seinen Fans, der weißen evangelikalen Christen (SZ vom 7.1.2020).

Wir mögen Abscheu empfinden vor solch einer Szene, aber gleichzeitig stellt sich die Frage: Wie steht es um die Glaubensgeschwister jener US-Gläubigen in Deutschland?

So schlimm wie jenseits des großen Teiches ist es bei uns nicht. Aber – eine Reihe von Beobachtungen legen den Schluss nahe: Es gilt wachsam zu sein!

- Bei der Landtagwahl in Sachsen hat ein Viertel aller evangelischen Kirchenmitglieder Afd gewählt.
- Der sächsische Landesbischof Carsten Rentzing hat lange vertuscht, wie sehr er

viele Jahre in der rechtsextremen Szene verstrickt war. Sein Rücktritt war unausweichlich, aber seine Abschiedsrede „geriet zur schroffen Abrechnung mit seinen Kritikern und gipfelte in der ... Behauptung, wer dem Bischof und der Synode Loyalität verweigere, exkommuniziere sich selbst aus der christlichen Gemeinschaft“ (chrison 1- 2020).

- Auf dem Theaterplatz in Dresden traf sich das islamfeindliche Pegida-Bündnis bereits zum sechsten Mal zum gemeinsamen Weihnachtsliedersingen. Das ursprünglich sizilianische Weihnachtslied „O Du fröhliche“ – gilt ihnen als deutsches Bollwerk gegen die Islamisierung des Abendlandes.
- Liane Bednarz beschreibt in ihrem Buch „Die Angstprediger - wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern“, wie bestimmte “fromme“ Kreise konservativer, fundamentalistischer Christen „schrittweise rechte Positionen übernehmen und sich nicht selten nach und nach immer weiter radikalalisieren“. Mit dem Themen wie „Genderwahn“, Ehe für alle, Islamisierung des Abendlandes und Angst vor Überfremdung können sie nahtlos an Afd-Positionen anschließen.

- Man reibt sich die Augen: In der AfD hat sich ein Arbeitskreis „Christen in der AfD“ gebildet. In ihrer Grundsatzklärung schreiben sie u.a.:

„... *Es ist nicht einsehbar, dass der Islam, sollte er zu weiterem politischem Einfluss in Deutschland gelangen, sich gegenüber religiös Andersdenkenden anders verhalten sollte als in seinen Stammländern. Über diese bedeutsamen Sachverhalte muss endlich eine freie und vorurteilslose Diskussion möglich sein ... Die theo-*



© Kostas Koufogiorgos

logischen Gemeinsamkeiten zwischen Islam und Christentum werden zumeist überschätzt, da die Kernbotschaften des Christentums, insbesondere die Gottessohnschaft Jesu und seine Wiederauferstehung, vom Islam geleugnet werden.“

Einen starken Rückhalt in ihrer Partei haben die „Christen in der AfD“ nicht. Nach dem Parteiaustritt der ehemaligen Bundessprecherin Frauke Petry verließen Ende 2017 auch zwei führende Vorstandsmit-

glieder der ChrAfD die Partei, unter ihnen die amtierende Bundesvorsitzende Anette Schultner. Der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende Armin-Paul Hampel forderte die christlichen Parteimitglieder dazu auf, aus der Kirche auszutreten.

Das Ganze hat aber eine Vorgeschichte: Selbst wenn man von den Deutschen Christen im Dritten Reich absieht, die in Adolf Hitler einen von Gott gesandten Retter „in des Vaterlandes tiefster Not“ sahen, stößt man 20 Jahre nach

Kriegsende auf den Zusammenschluss nationalgesinnter deutscher Protestanten in der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland (ENiD)“, gegründet 1966. Sie schärfte die Pflichten zur Familie, zu Volk und Vaterland ein, beriefen sich auf die nationale Identität, erkannten die Oder-Neiße-Linie nicht als Staatsgrenze an und mahnten

die Frauen, ihre Rolle als Mutter ernst zu nehmen und dem Karriere-Geist abzuschwören.

Fast überflüssig zu erwähnen, dass sie Homosexualität strikt ablehnten. Theologisch standen sie der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium* nahe.

Von Pfarrer Alexander Evertz, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der ENiD, stammt das Buch „Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland“ (1964),

heute noch über Amazon beziehbar. Wenn er von „Abfall“ spricht, bezichtigt er durch diese Wortwahl seine Gegner in der Kirche der Häresie.

Was ist den „rechten“ Christen damals wie heute gemeinsam?

Zunächst die Feindbilder: Sozialismus, Internationalismus, Feminismus, historisch-kritische Bibelauslegung, Abtrei-



bung, Ehe für alle. Dieses Schlagwort gab es zwar vor 50 Jahren noch nicht, aber Homophobie umso reichlicher.

Der rheinische Pfarrer Hans-Jürgen Volk beschreibt in einem Beitrag „Kirche in Zeiten des Rechtspopulismus“ die diesen Feindbildern zugrundeliegende geistige und psychische Verfassung:

„Die wachsende Komplexität von Pro-

blemlagen fördert die Sehnsucht nach einfachen Antworten, nach Überschaubarkeit, nach Sicherheit und Stabilität. Der ‚starke Mann‘, der paternalistisch-fürsorglich an die Stelle des mühsamen demokratischen Diskurses tritt, gewinnt an Anziehungskraft. Fiktiv wird Komplexität reduziert durch den Rückzug auf den übersichtlicheren Raum des Nationalstaates.“

Dieser soll dann auch vor dem befürchteten Identitätsverlust schützen. Denn deutsch zu sein, ist etwas, was einem niemand nehmen kann. Der Biblizismus dieser Kreise ist ebenfalls von der Sehnsucht nach einfachen Antworten gespeist: Die Bibel ist das eine Wort Gottes, da gibt es nichts auszulegen, man nehme ihre Aussagen nur schlicht und ergreifend „so wie sie dastehen“.

„Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam?“, sagt Jesus zu seinen Jüngern, als ihr Boot auf dem See in einen Sturm geraten ist. In einer Zeit, in der wir in der Tat vielen Stürmen ausgesetzt sind, ist das vielleicht die angemessene geistliche Bewertung für die so beschriebene Einstellung der „rechten“ Christen. Ihr Fundamentalismus ist kein starkes Fundament, er ist in Wahrheit eine Schwäche.

Klimaschutz in der Landeskirche

Wie die Gemeinden die Umwelt managen

Die Zahl der Kirchengemeinden und Einrichtungen, die ins Umweltmanagement einsteigen wollen, wächst: Darüber berichtet Christina Mertens. Unsere Autorin, studierte Umweltökologin (MSc Umweltwissenschaften, USA), hat die „Arbeitsstelle Klimacheck, Umweltmanagement, Grüner Gockel“ in der bayerischen Landeskirche inne:

Wie geht's Ihnen, wenn Ihr Fieberthermometer 39 °C anzeigt? Internationale Klima-Abkommen wie das Kyoto-Protokoll zielen auf einen maximalen Temperaturanstieg um zwei Grad – zu viel für die meisten Ökosysteme. In Paris einigte man sich daher 2015 auf 1,5 Grad als Zielmarke – ein Ziel, das heute, nur fünf Jahre später, bereits fällt. So ist die Durchschnittstemperatur für Australien aktuell um 1,62 Grad erhöht; Waldbrände haben dort in den letzten zwei Monaten Flächen von der Größe ganz Süddeutschlands verwüstet; 35 Menschen und über eine Milliarde (!) Tiere kamen in den Flammen um. Auch Bayern beklagt extreme Dürre und Unwetter, gefolgt von massiven Ernteausfällen und Waldschäden; Gletscher schmelzen, erste Flüsse in Franken versiegen. Trinkwasserknappheit könnte uns schon in 20 Jahren spürbar treffen.

Denn die bisherigen Maßnahmen der Weltgemeinschaft gegen den Klimawandel greifen zu kurz – auch bei uns. Abgeschaltete Industrieanlagen im Osten brachte zwar einiges, das Erneuerbare-Energien-Gesetz war vorbildlich, und der jüngst vereinbarte Kohleausstieg bis

2038 wird ebenso als Durchbruch gefeiert, wie der Green Deal der EU, der CO₂-Neutralität bis 2050 verspricht.

Allein: Unser ressourcenintensiver, automobil Lebensstil, den wir – ebenfalls als Vorbilder – in alle Welt exportieren, macht viele CO₂-Einsparungen zunichte. In spätestens 15 Jahren wird das globale „CO₂-Budget“ erschöpft sein, mit dem man die 2-Grad-Marke noch würde halten können; das hieße „Null Emissionen“ ab dem Jahr 2035. Regional ist auch das 2-Grad-Ziel nicht mehr haltbar: Darum hat der Stadtrat von München bei aktuell 2,2 Grad „plus“ am 18.12.2019 den Klimanotstand für die Landeshauptstadt ausgerufen.

Ist die Lage also hoffnungslos? Wissenschaftlich gesehen, wohl eher ja! Doch als Christen leben wir schließlich auf Hoffnung hin – und die Voraussetzungen sind da: In allen Gemeinden gibt es Umweltbeauftragte, die oft mit einem engagierten Team Ehrenamtlicher eine Vielzahl klimawirksamer Maßnahmen vor Ort anstoßen und umsetzen. Dabei geht es um Gebäudesanierungen, regenerative Heizsystemen oder LED-

Leuchtmittel, um die Gestaltung der Freiflächen und Gebäudebegrünung, um Verpflegung in Kindergärten und bei Gemeindefesten, um umweltfreundliche

management, „Grüner Gockel“, zugeordnet dem Beauftragten für Umwelt- und Klimaverantwortung, doch mit meinem Antritt im Oktober 2019 auf 50 Prozent



Klimaschutz ist Kirchensache

© Manfred Steinbach/Fotolia.com

Mobilität – oder schlicht: um einen insgesamt schöpfungsfreundlichen Lebensstil, den die Kirche fördern und unterstützen kann.

ELKB-weit betreiben dafür 150 Gemeinden und Einrichtungen ein Umweltmanagement nach der europäischen EMAS-Verordnung mit dem kirchlichen Prüfsiegel „Grüner Gockel“. Rund 80 ehrenamtliche Auditorinnen und Auditoren begleiten sie dabei, die eigens ausgebildet und jährlich fortgebildet werden.

120 Gemeinden führten 2011 bis 2015 überdies ein Energiemanagement („Sparflamme“) ein; das Dekanat Wunsiedel legt dieses Format zurzeit flächendeckend neu auf.

Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen, Koordination, Beratung und Administration für all dies in der ELKB liegt bei der Arbeitsstelle „Klimacheck, Umwelt-

Stellenumfang reduziert. Der Erfolg des frisch von der Synode beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept (IKK) bringt mich daher ins Schwitzen: Denn die Zahl der Gemeinden und Einrichtungen, die ins Umweltmanagement einsteigen wollen, wächst erfreulich – und das ist doch Anlass zu Hoffnung! Ab Herbst 2020 werden zwei Klimamanager für drei bis fünf Jahre den Klimaschutz in der Landeskirche mit vorantreiben.

Von Drahteseln, Gewohnheitstieren und konfusen Affen

Wie man Menschen statt Autos bewegt / Von Martin Kleineidam

„Auf der anderen Straßenseite sah ich diese Mutter auf einem Cargo Bike. Cooler Vintage-Look. Sie hatte gerade ihre Kinder zur Schule gefahren. Setzte sich wieder aufs Rad. – Stand an der roten Ampel. Schaute auf die Uhr, holte eine Zigarette raus. Sie wirkte so vorbildlich mit ihren Secondhandklamotten, dem Rad, den Kindern. Und dann genießt sie ihre Zigarette in vollen Zügen.“¹

Per Grankvist (*1976), der die Szene beschreibt, ist Journalist. Bis 2030 soll er mit 200 Partnern und einem Budget von 100 Millionen EURO neun Städte in Schweden – darunter Stockholm und Göteborg – klimaneutral machen. Der Sachbuchautor wurde als Geschichtenerzähler angeheuert. Mit Geschichten gegen Klimawandel – geht das?

„Wir sind konfuse, statusfixierte Affen, die äußerst selten rational handeln,“ meint er über uns Menschen. Trotz des Argwohns will Grankvist mit Geschichten den Menschen für Sachen gewinnen, die viele nicht wollen.

Geschichten motivieren. Sie erzählen von den Guten und den Bösen – Radfahrmutter hier und SUV-Fahrer dort. Aber das Leben atmet Komplexität: Selbst Carsharing sorgt bisweilen für Unmut. Denn es bringt manche erst auf den Geschmack, vom öffentlichen Nahverkehr oder vom Rad auf das Auto umzu-

steigen. Ja, manche nutzen jetzt neben ihrem Auto auch noch das Carsharing von nebenan. Das ist ein Grund, warum eine Ökostadt wie Stockholm beim Carsharing auf der Bremse steht. Das Fahrrad erhält dort den Vorzug. Geschichten geben Impulse zur Verhaltensänderung. Wenn sie aber vergessen sind, erschlafft die Nachhaltigkeit. Wie also gewinnt man Menschen für den Drahtesel?

Wendy Wood versucht es daher nicht mit Geschichten. Mit guten Gewohnheiten möchte sie punkten.² Geschichten haben Zugkraft – aber Gewohnheiten bieten Langfristigkeit. Die Professorin für Sozialpsychologie hat beobachtet, dass Motivation nur für den Moment hilft, z. B. Glühbirnen durch Energiesparlampen zu ersetzen. Um in Gänze auf ein Auto zu verzichten und das Rad zu nutzen, braucht es die Macht der Gewohnheit.

Gewohnheiten lenken etwa die Hälfte des Verhaltens eines Menschen, fand die 65jährige US-Amerikanerin heraus und gibt ein Beispiel: Nach der Geburt ihrer Kinder hatte sie an Gewicht zugenommen. Ein Jahr versuchte sie regelmäßig zu joggen. Aber irgendetwas kam der Forscherin immer dazwischen. Sich jedes Mal für das Laufen zu entscheiden, strengt an und wird letztlich aufgegeben, meinte sie. 6 Uhr morgens war die einzige Zeit war, wo sich für sie ein Zeitfenster



© Joachim Zelend, Leitershofen-Stadtbergen

zum Jogging öffnete. Einen Monat lang hasste sie es, so früh aufzustehen. – Über den einen Monat muss man rüberkommen!

Den Schlüssel zu einer Gewohnheit fand sie insbesondere darin, eine Handlung an Ort und Zeit zu binden und mit Regelmäßigkeit auszuführen, so dass das Bewusstsein keine Entscheidung mehr treffen muss. Der Autopilot Gewohnheit funktioniert wie ein Wecker. Zur Erleichterung für das Aufstehen am Morgen hat sie am Anfang in der Nacht mit dem Jogginganzug geschlafen, um nicht lange nach dem Outfit am nächsten Morgen suchen zu müssen.

Übertragen auf das Fahrrad bedeutet das: Abends schon die Regen taugliche Kleidung herrichten und das Fahrrad bereitstellen. Autoschlüssel am besten vom Schlüsselbund nehmen und wegsperrn. Dann Fahrradschlüssel an den Bund ranmachen...

Wenn ich heute zum Chor fahre, fragt mich, wenn es draußen regnet, manchmal meine Frau, ob ich nicht lieber die Tram nehmen möchte. Aber da müsste ich erst wieder Geldbeutel und Schirm suchen, ggf. eine Fahrkarte kaufen ... „Das geht mit dem Rad einfach schneller!“, denkt

man. Aber man hat sich eben nur vom statusfixierten Affen zum Gewohnheitstier entwickelt, ob die Mutation andere letztlich überzeugt?

Übrigens, auch Jesus hatte seine Gewohnheiten: „So kam er nach Nazareth (...) und ging nach seiner Gewohnheit (κατὰ τὸ εἶωθός αὐτοῦ) am Sabbat in das Versammlungshaus und stand auf, um vorzulesen.“ (Lukas 4,16) – ein Auto, selbst ein Fahrrad brauchte er für seinen Gang nach Nazareth zur Synagoge übrigens nicht. Bleibt zu hoffen, dass er auf dem Weg wenigstens eine coole Mutter gesehen hat, die einen Schlauch Wein dabei hatte...

¹ Grankvist, Per, im Folgenden in: SZ Nr. 291, im Interview v. A. Rühle, Die Zigarette danach, 17.12.19.

² Zum Folgenden s. Vollmuth, Hannes, Interview „Machen Sie es sich einfach!“ Wendy Wood erforscht die Macht der Gewohnheiten, in: SZ Nr. 4, 7.1.2020.

Facebook und Kirche

Mit dem Teufel paktieren?

Von Hans-Gerhard Koch

Gerne lese ich ab und zu, was es Neues bei Facebook gibt. Nicht nur, dass ich dort verfolgen kann, was mein Freund Heinrich Bedford-Strohm gerade macht oder sagt. Ich finde auch die Geburtstage von vielen, die mir wichtig sind („Freunde“), gerade auch aus dem kirchlichen Umfeld. Und immer wieder auch Beiträge von Leuten, deren Meinung mich interessiert. Hassbotschaften oder Geschmacklosigkeiten finde ich nur sehr selten. Kunststück: Meine „Blase“ macht so was nicht. Ich muss zugeben, Facebook würde mir fehlen. Ein Freund, der vor zwei Jahren demonstrativ ausgestiegen ist, ist längst wieder eingestiegen.

Gerade für Leute mittleren und fortgeschrittenen Alters mit kirchlichem Hintergrund ist Facebook ein wichtiges Kommunikationsmittel, was man auch daran sehen kann, dass das Sonntagsblatt dort sehr aktiv ist.

Trotzdem trage ich mich mit dem Gedanken, auf Facebook künftig zu verzichten. Denn ich unterstütze ein System, das ich grundsätzlich verhängnisvoll finde.

Es ist nicht gut, wenn Facebook es weiterhin zulässt, Falschmeldungen in politischer Werbung zu verbreiten.

Es ist nicht gut, wenn Menschen in der ersten Aufregung Kommentare verfassen,



die sie Face to Face nie äußern würden, weil sie sich – zu Recht – schämen würden.

Es ist nicht gut, wenn Facebook grundsätzlich alle Daten, die es selbst und seine Tochterfirmen, aber auch das ganze Internet hergeben, zusammenführen und gewinnbringend verkaufen.

Das Geschäftsmodell, möglichst emotionale Botschaften zu ver-

breiten, weil das viele Klicks und hohe Werbeeinnahmen verheißt, ruiniert unsere Kommunikationsstruktur. Das Falsche wird das Richtige, die Aufregung die Sache, die Sache die Nebensache.

Facebook kennt mich längst besser als meine Frau, weil es mit seinen Verknüpfungen Millionen Daten über mich sammelt und auswertet. Zu welchem Zweck, werde ich nie erfahren.

Klar, wir brauchen ein soziales Medium, gerade auch in der Kirche. Aber kein asoziales. Deswegen verdienen alle die unsere Unterstützung, die für ein Nachrichtenportal in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft eintreten, das nicht in erster Linie ein Daten-Bergwerk ist.

Vorstöße unseres Landesbischofs oder des Intendanten des Bayerischen Rundfunks Ulrich Wilhelm weisen da in die richtige Richtung.

„So kann´s mit der Kirche (nicht) weitergehen“

Zur Freiburger Studie / Von Lutz Taubert

Eigentlich hätte der Kirche, hätte uns allen, die wir uns um die Zukunft unserer Kirche sorgen, ein gehöriger Schock durch die Glieder fahren müssen, als letztes Jahr die Freiburger Studie bekannt wurde. Besagt diese Uni-Studie doch nichts Geringeres als dass das Christentum stetig und doch unaufhaltsam aus dieser Gesellschaft verschwindet, die Mitgliederzahlen beider Kirchen sich bis 2060 glatt halbieren würden.

Doch wir Kircheninsider nahmen eingeübt gleichmütig diese Vorhersage hin. Die Kirchenrepräsentanten gar optimistisch: Unser EKD-Chef Bedford-Strohm zeigte sich überzeugt, dass Frömmigkeit kein Auslaufmodell sei, "sondern ein Zukunftsmodell".

Hier erst mal der Befund der Prognose, die die katholische und die evangelische Kirche bei Forschern der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität in Auftrag gegeben hatten: Die Zahl der Kirchenmitglieder wird von jetzt knapp 45 auf dann nur noch gut 22 Millionen Männer und Frauen zurückgehen. Wenn wir in Quantitäten denken: Bei wachsender Gesamtbevölkerung wird nur noch jeder fünfte einer christlichen Kirche angehören.

Nun hatte man diese Ergebnisse von der Dimension her durchaus erwartet. Die eigentlich neue Erkenntnis aber ist, dass der demografische Wandel nur für we-

niger als die Hälfte des Mitgliederrückgangs verantwortlich ist. Einen größeren Einfluss haben das Aus- und Eintrittsverhalten der Kirchenmitglieder sowie die Taufen.

Man kann sich da keinen anderen Reim drauf machen als den, dass die Kirchen voll und ganz vom säkularen Trend erfasst werden. Am wahrscheinlichsten ist ein Kirchenaustritt der Erhebung zufolge bei jungen Leuten zwischen 25 und 35 Jahren - Menschen, die mit dem Eintritt ins Erwerbsleben erstmals Kirchensteuer zahlen müssten. Die Prognose ist im Grunde genommen die Fortschreibung des derzeitigen statistischen Befundes der Kirchenmitgliedschaft: 2017 verließen 167.422 Katholiken ihre Kirche, bei den Protestanten waren es deutlich mehr - 197.238. Kleiner evangelischer Lichtblick: Dafür ist die Zahl der Eintritte bei den Protestanten mit mehr als 60.000 Gläubigen derzeit fast viermal so hoch wie bei den Katholiken.

Also nochmals die Erkenntnis: Ein Teil des Mitgliederverlusts – aber eben nur der kleinere – ist der zweifellos unumkehrbare demografische Wandel. Der eigentliche Faktor aber ist die zurückgehende Bindungskraft der Institution, so der Projektleiter, der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen.

Was heißt dies nun für den praktischen

Alltag des Kircheseins in unserer säkularen Gesellschaft? Wenn sich die Prognose erfüllt, ist die Kirche schließlich keine Volkskirche mehr. Viele Suppenküchen und Beratungsstellen werden schließen müssen, und auch all die schönen Bachkonzerte und Kirchenchöre wird es wohl so nicht mehr geben. Raffelhüschen: "Wir werden die theologische Flächenversorgung diskutieren müssen, wir werden die Bauten diskutieren müssen." Aber auch werden die Kirchen an gesellschaftspolitischem Einfluss verlieren. Wer wird sie noch hören wollen, wenn sie zur künstlichen Intelligenz oder zu vorgeburtlichen Tests etwas zu sagen haben? Religiöse und kirchliche Sprecher werden nicht mehr die Autorität haben, die sie noch heute haben.

Kirchensoziologisch aber wird sich die Frage stellen, wohin unsere Kirche sich als soziale Gesinnungsgemeinschaft innerhalb unserer Gesellschaft entwickelt. Werden wir als diejenigen, die am Sinn des Kirchedaseins festhalten, werden die einzelnen verbleibenden Kirchengemeinden immer mehr zur Kerngemeinde, die sich selbst genug ist, sich nach außen, zur säkularen Welt hin sich wagenburgartig abschottet? Verharren in unserem typischen Kirchenmilieu? Kirche konzentriert sich auf Gottesdienst und Seelsorge und nicht mehr. – Oder aber wir schaffen es, in dieser pluralen Säkulargesellschaft uns zu öffnen, weiterhin auch als richtungweisende sozialetische Kraft und als Träger religiöser Kultur- und Bildungsarbeit in die säkulare Gesellschaft hinein zu agieren (und das nicht den Volkshochschulen und Kon-

zertsälen zu überlassen). Ein jüngst veröffentlichter Grundagentext "Religiöse Bildung angesichts von Konfessionslosigkeit - Aufgaben und Chancen" der EKD-Kammer für Bildung und Erziehung weist exakt in diese Richtung.

Sich öffnen für alle, das ist durchaus ein zweischneidiger Weg: Kirche muss sich selbst treu bleiben, kann ihre Varietät nicht beliebig ändern, mal heute so, mal morgen anders sein. Andererseits muss sie aus ihrem "verengten Milieu" herauskommen, um zu überleben. Der den Kirchen freundlich gesonnene Soziologe Armin Nassehi drückt das so aus: "Es gibt nichts Schlimmeres als die Anbiederung an kulturelle Milieus, die nicht die eigenen sind. Aber es gibt nichts noch Schlimmeres als die Geschlossenheit von Milieus, die dann irgendwann auch aus demografischen Gründen schlicht verschwinden werden."

Also: So kann's, so sollte es mit der Kirche nicht weitergehen. Wie dann?

Wir schließen den düsteren Blick in die Zukunft mit einem Blick zurück auf die Anfänge. Paulus vor 2000 Jahren, was muss doch der für ein zupackender Draufgänger in Sachen Mission (den Begriff Teufelskerl verkneifen wir uns) gewesen sein! Ihm gelang nämlich, mit den Worten des Kirchensoziologen gesprochen, das Christentum in unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, den heutigen Milieus, an vielen Orten und in verschiedene Kulturen, ja unterschiedlichen Gesellschafts- und Staatssystemen zu verankern. So könnte es, so sollte es, so müsste es mit der Kirche auch heute weitergehen.

Pfarrdienst und politisches Ehrenamt

Wenn Pfarrer/innen in die Politik wollen ...

Wie sind Pfarrberuf und politisches Ehrenamt vereinbar? Die aktuelle Kommunalwahl in Bayern (und der Umstand, dass auch Pfarrer/innen für ein Stadtrats- oder auch Bezirksratsmandat kandidieren) ist für Hans-Willi Büttner Anlass zu grundsätzlichen Überlegungen:

In Bayern, nicht in der ganzen EKD, gilt: Wer aus dem Pfarrdienst für ein politisches Mandat kandidiert, darf diesen nicht mehr ausüben. Mit Annahme der Wahl ruht das gesamte Dienstverhältnis. Im Blick auf ein ehrenamtliches kommunales Mandat ist dies unverhältnismäßig. Im Pfarrdienstgesetz der EKD steht § 34: „*Verhalten im öffentlichen Leben. Pfarrerinnen und Pfarrer haben durch ihren Dienst wie auch als Bürgerinnen und Bürger Anteil am öffentlichen Leben. Auch wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie erkennen lassen, dass das anvertraute Amt sie an alle Gemeindeglieder weist und mit der ganzen Kirche verbindet. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben.*“ Ein weiser Paragraph! Er sollte für ein ehrenamtliches Engagement in der Politik hinreichen.

Bürgerrechte und -pflichten gelten in gleicher Weise für alle. Und das Versprechen, das Geistlicher zu ihrer Ordination geben, ist so eindeutig, dass im Konfliktfall zwischen politischem Interesse und der Bindung an die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Kirche keine leichtferti-

gen Entscheidungen resultieren sollten. Ein/e Pfarrer/in kann Mitglied einer demokratisch legitimierten Partei sein. Es ist zu wünschen, dass dies theologisch gewissenhaft durchdacht ist - was auch von Parteimitgliedern und politischen Mandatsträgern in kirchlichen Gremien erwartet werden darf. Letztere haben übrigens das Recht, das den Geistlichen verwehrt wird.

Stadträte, Gemeinderäte sind Bürgervertretungen zur Förderung des Gemeinwohls. Idealerweise sind sie besetzt mit Persönlichkeiten, die durch ihr Engagement in der Öffentlichkeit viele Kontakte haben. Wer von Berufs wegen mit dem Wohl und Wehe von Menschen zu tun hat, eignet sich gut für ein Mandat. Eine Mitsprache aus geistlicher und kirchlicher Kompetenz in einer demokratischen Volksvertretung dient dem Gemeinwohl allemal.

Zu den Einwänden und Befürchtungen: Ich setze voraus, dass bei allen Mandats-träger/innen das Interesse am Gemeinwohl über ihrer Bindung an eine politische Partei steht.

Haupteinwand: Der/die Pfarrer/in gibt die Neutralität auf und bewertet andere politische Einstellungen nicht mehr objektiv. Damit könne er/sie weder in Seelsorge noch Predigt noch Unterricht überparteilich bleiben. - Ich halte dies für eine Vorstellung, die keiner Realitätsprüfung standhält. Das Profil einer Persönlichkeit erwächst aus ihren Lebenserfahrungen, den bewusst oder auch unbewusst getroffenen Grundentscheidungen. So dürfen wir von einem Pfarrer bzw. einer Pfarrerin erwarten, dass er/sie im christlichen Glauben verwurzelt ist und in Fragen verantwortlichen Handelns in erkennbarer ethi-



schers Orientierung lebt und sich äußert. Damit ist eine Parteilichkeit gegeben. Sie schließt aber voneinander abweichende Denk- und Handlungsmuster ein. Das respektieren wir in den Pfarrkollegien, und wir dürfen als Pfarrer/innen in unseren Gemeinden auch erwarten, dass uns dieser individuelle Spielraum wie jedem Gemeindeglied zugestanden wird. Das Privileg unserer freiheitlich demokratischen Strukturen ist es, dass wir im offenen und ehrlichen Disput um die besten Wege ringen. Zu meinen, ein/e Pfarrer/in müsse darüberstehen, geht an gelebter Wirklichkeit vorbei. Und zu meinen,

ein kommunales Mandat verhindere, dass ein/e Pfarrer/in weiter für jeden konstruktiven Austausch offen ist, unterstellt, dass diese Persönlichkeit ihre Dienstpflichten vernachlässigt. Hier verkehren sich Erwartungen an die Persönlichkeiten im Pfarrdienst zu einem Menschenbild, in dem sich niemand selbst wiederfinden möchte.

Der zweite Einwand schließt an: Ein ehrenamtliches kommunales Mandat ist zu zeitraubend und verträgt sich nicht mit einem sorgfältig ausgeübten Dienst. Nein! Der/die Pfarrer/in gehört nicht ganz der Gemeinde, sondern tut an und in ihr Dienst. Dass sich Menschen neben ihren beruflichen Verpflichtungen ehrenamtlich sozial betätigen gehört zum Rückgrat unserer Gesellschaft. Zudem gehen im Pfarrberuf Dienst und Ehrenamt oft fließend ineinander über. Auch mit einem politischen Mandat wäre es für mich nicht denkbar, darin ohne meine Existenz als Geistlicher präsent zu sein. Wer sich auf die Mühe eines Ehrenamtes einlässt, noch dazu mit dem Hintergrund Pfarrberuf, ist hoch motiviert. Sollte es unserer Kirche dienen, wenn man solche Persönlichkeiten vorläufig absondert?

Zwei Nebenschauplätze: Nach erfolgreicher Wahl folgt der Wartestand ohne Besoldung. Und dann? - Pfarrer/innen i.R. sind für Vertretungen begehrt. Auch für kommunale Kandidaturen und Mandate, nicht nur theoretisch. Gilt für sie das Verbot, als Geistliche in ihrer Kirche auszuweichen? Und wie sieht es dann mit dem kirchlichen Anteil der Altersversorgung aus?

Was der AEE von der Landes-synode erhofft

In einem offenen Brief an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Synodwahl hatte der Arbeitskreis Evangelische Erneuerung seine kirchenpolitischen Erwartungen geäußert – und damit fast so etwas wie ein aktuelles „Kirchenpartei“-Programm niedergelegt: Wir dokumentieren die acht Hauptpunkte:

Unsere Kernanliegen lassen sich - wie schon bei unserer Gründung des aee 1968 - mit den drei Stichworten des Konziliarren Prozesses beschreiben: **Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.**

1. Wir hoffen auf Synodale, die dafür eintreten, dass **von den Schwachen und Unterdrückten** her gedacht und gehandelt wird. Wir hoffen, dass unsere Synode dies auch gegenüber Politik und Wirtschaft deutlich anmahnt.

2. Unsere Kirche muss deutlich sagen, dass **Krieg und Gewalt niemals Frieden bringen.** Wir hoffen daher, dass die nächste Synode das „Sowohl-Als-Auch“ verlässt und sich eindeutig auf gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung festlegt.

3. Die Bewahrung der Schöpfung war - und bleibt hoffentlich immer - ein Anliegen unserer Synode. Angesichts der drohenden Unbewohnbarkeit weiter Teile der Erde muss jetzt aber deutlich mehr und schneller gehandelt werden.

Die **Fridays-for-Future**-Bewegung wie auch der Umstieg auf eine **CO₂-neutrale Produktion** in Industrie und Landwirtschaft brauchen unsere Unterstützung.

In der **Zunahme menschenfeindlicher Ideologien** sehen wir eine gesellschaftspolitische Herausforderung.

4. Die Wahlergebnisse der letzten Monate zeigen, dass nahezu ein Viertel der Wählerinnen und Wähler mit ausländerfeindlicher, antisemitischer, islamfeindlicher, unsozialer und nationalistischer Politik sympathisiert. Unsere Synode sollte deutlich darauf hinweisen, dass **diese Politik der Botschaft des Evangeliums klar widerspricht.** Wer für unsere Kirche spricht, kann nicht zugleich menschenfeindlich sprechen.

5. Die Distanzierung von der AfD darf aber nicht zur Distanzierung von den Menschen in unseren Gemeinden führen, die sie gewählt haben. Wir sollten sie vielmehr davon zu überzeugen versuchen, dass z. B. eine persönliche Ablehnung von legaler Abtreibung oder der Ehe für alle **nicht dazu berechtigt, Bündnisse mit menschenfeindlichen Ideologien einzugehen.**

Die AfD und andere rechtsextreme Gruppierungen sind im Kern unchristlich. Daran sollte auch unsere Synode keinen Zweifel zulassen.



Landessynode der ELKB

© PÖP

6. Wir wissen, dass unsere Kirche auf lange Sicht zahlenmäßig kleiner und finanziell ärmer werden wird. Wir hoffen aber, dass unsere Synode weiterhin für eine Volkskirche eintritt, die die Fragen der breiten Öffentlichkeit zu ihren Fragen macht und Orientierung für unsere ganze Gesellschaft anbietet. Spiritualität und Solidarität sind keine Gegensätze. Eine fromme Sonderwelt hat Jesus abgelehnt.

7. Die Prozesse, mit denen unsere Kirche sich innerlich und äußerlich zukunftsfähig macht, begleiten wir mit Sympathie. Auch der AEE wünscht sich, dass die Botschaft von der Liebe Gottes viele Menschen erreicht und ihnen einen einfachen Zugang bietet. Uns ist dabei wichtig, dass unsere Kirche „Kirche für andere“ und mit anderen bleibt.

8. Der AEE hat seinen Anteil daran, dass unsere Kirche in den letzten 50 Jahren demokratischer geworden ist. „Geschwisterlichkeit statt Hierarchie“ ist unser Programm.

Wir wünschen uns Gremien, die Teilhabe ermöglichen und Informationsvorsprünge abbauen. Das wünschen wir uns auch für unsere Landessynode.

2019 war ein gutes Jahr – für die Rüstungsindustrie

Von Hans-Gerhard Koch

Das Jahr begann damit, dass am 1. Februar die USA den Atomwaffenvertrag gekündigt haben. Russland folgte, und inzwischen wird wieder an Atomraketen und Sprengköpfen gearbeitet.

Nachdem die USA behaupten, in Russland neue Mittelstreckenraketen ausgemacht zu haben, besteht die Gefahr, dass Europa eine neue „Nachrüstung“ bevor steht.

Zwei Verteidigungsministerinnen haben bekräftigt, dass Deutschland mehr Geld für Rüstung ausgeben müsse. Beide von einer christlichen Partei, beide nicht unbedingt fachkundig. Aber das ist der Rüstungsindustrie nur recht. So fragt niemand, gegen wen und warum wir neue Panzer, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge brauchen und warum die immer noch in Deutschland gelagerten Atombomben „modernisiert“ werden müssen.

Unter dem Titel „Defender 2020“ wird ein Großmanöver mit 37000 Soldaten vorbereitet, unmittelbar an der russischen Grenze. Bahnstrecken und Autobahnen werden gesperrt werden. Und natürlich: das Feindbild Russland muss befördert werden, um uns all das zu begründen.

Die neue Verteidigungsministerin „AKK“ will laut Pressemeldung vom 7. November die Bundeswehr verstärkt im Ausland einsetzen, zum Schutz des „freien

Handels“. Dazu müssten auch „Opfer gebracht“ werden – „finanziell, politisch und moralisch“, wie es Bundestagspräsident Schäuble gleichzeitig formuliert hat. Nicht gesagt, aber gemeint hat er damit auch tote Soldaten in Zinksärgen. Deutschland müsse, so Frau Kramp-Karrenbauer, nicht nur in Afghanistan, sondern auch in der Sahelzone gegen den „islamistischen Terrorismus“ verteidigt werden.

Man könnte das alles trotzdem für harmlos halten, weil es doch weit weg passiert und weil die Waffen der Bundeswehr doch eh nicht funktionieren. Und dass es mit der Sicherheit in Afghanistan und in Mali nicht besser, sondern immer schlechter bestellt ist.

Aber darum geht es gar nicht. Hauptsache ist, dass die Rüstungsindustrie Aufträge hat. Dass deutsche Konzerne wie Rheinmetall wollen legal mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums und illegal durch ausländische Tochterfirmen an jedem Kriegsschauplatz dieser Welt verdienen. Und dass der Protest dagegen durch die Reste der Friedensbewegung und die Kirchen vernachlässigbar gering ist.

„und jaget dem Frieden nach“

... ihr werdet ihn eh nie erreichen (wollen). Aber vielleicht will man das ja auch gar nicht / Von Richard Strodel

Lieber noch weiter diskutieren, fachsimpeln und theologisch tiefstapeln, um vor allem dem Geldgeber Regierung zu gefallen. Und dem berühmten Kirchenvorsteher nicht zu verschrecken, der einen Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie hat.

Nach der „Friedens-Synode in Lindau – in b&k genügend klar kritisiert – kam im November die EKD-Synode in Dresden. Ein jahrlanger Diskussionsprozess, über 30 dicke Bücherbände, Thesengruppen und Tagungen, ein Konsultationsprozess, – mehrheitlich von der Militärseelsorge finanziert und dominiert – ging der EKD-Synode voraus.

Man täuschte Fachlichkeit und Ernsthaftigkeit vor, um dann kurz vor der Tagung Ergebnisse der Arbeitsgruppen nicht den Synodalen vorzulegen und den Text der Kundgebung in einer Nacht-und-Nebelaktion nochmals einen Militärseelsorger drüber schauen und verwässern zu lassen.



Weil schon klar war: Für den Frieden ist und bleibt das Militär zuständig.

Und was machen dann die Theologen in der Bundeswehr, wenn ihre Kirche gegen Waffen und Krieg wäre?

Oder, wie sich ein Militärseelsorger öffentlich beklagt, dass „seine“ Soldaten zu ihm kommen und ihn fragen warum – natürlich immer militante – Protestierer und Protestanten sie nicht ihre Arbeit machen lassen?

Die Angst war im

Vorfeld klar, die werden doch nicht eine neue Friedensdenkschrift fordern und klar benennen, dass dieses jahrelange Sowohl-als-Auch endlich im Sinne von Bibel und Bekenntnis, im Sinne Jesu, seiner Haltung und seinen Aussagen zu verändern ist, endlich weiterzuentwickeln.

2019 ein Jahre es Friedens ? Nicht nur wegen zweier Synoden zum Thema Frieden und der Jahreslosung.

Und dann lese ich in der Zeitung, dass die Rüstungsexporte aus Deutschland in

diesem Jahr (2019) eine Steigerung um 65 Prozent erfahren haben.

Ich lese, dass die Washington Post sich einen Einblick in Akten erstritten hat, in der hochrangige Militärs bekunden, keinen Plan für den Krieg in Afghanistan zu haben, und deutsche hochrangige Militärs behaupten, die Bundeswehr sei aktuell nicht verteidigungsfähig. Was auch inzwischen der Wehrbeauftragte der Bundesregierung in seinem Jahresbericht festschreibt.

Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat den deutschen Steuerzahler bislang fast zehn Milliarden Euro gekostet. Derzeit werden jährlich noch über 300 Millionen Euro fällig, seit 20 Jahren ohne die Sicht auf irgendein Ende oder gar irgendeinen Erfolg. Selbst die konservative WELT stellt fest, dass Frau Käsman mit „nix ist gut in Afghanistan“ sowas von Recht hatte, nur wer entschuldigt sich bei ihr?

Im Jahr 2019 liegt der Verteidigungsetat bei rund 43,2 Milliarden Euro. Der Anteil des Verteidigungsetats am Bundeshaushalt beläuft sich auf 12,1 Prozent.

Positiv stehen in der Kundgebung der EKD-Synode die Ausführungen zur Gewaltfreiheit. Teilnehmer vermuten, dass das auf dem Thementag zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in Einrichtungen der evangelischen Kirche und Diakonie zurückzuführen ist. Aber immerhin, meinen gewaltfreien Jesus und seine Botschaft gibt es schon 2000 Jahre. Und in der Atomwaffenfrage ist uns „leider“ die katholische Kirche meilenweit voraus.

Ich bin enttäuscht von meiner Kirche. Aber mich tröstet, dass das ja eigentlich schon immer so war – seit Kaiser Konstantin gibt es keinen halbwegs klaren Schritt in Sachen Frieden, außer bei den Christen in der ehemaligen DDR, die halt keine Staatskirche waren und sich getraut haben, gegen das System mit Gebeten und Kerzen und einer klaren Meinung aufzustehen. Dass leider ihr Wunsch, nach der Wiedervereinigung „keine Militärggeistlichen“ in der Bundeswehr mehr zu haben, schnöde zu Seite gewischt wurde, ist sehr schade.

Somit werden wir noch viele Jahre dem Frieden nachjagen und uns theologisch verbiegen bis zum Geht-nicht-Mehr, daran muss ich mich wohl gewöhnen.

Richard Strodel, Diakon i.R., ist Sprecher des „IFK - Initiativkreis Frieden“, einer Gruppe, die aus der Rummelsberger Brüderschaft entstanden ist. Wir haben gemeinsam etliche Anträge auf der Frühjahrssynode 2019 in Lindau gestellt. Richard Strodel macht aus seiner Enttäuschung kein Hehl.

Vor 30 Jahren Weltversammlung der Christen in Seoul

Erste, Zweite, Dritte Welt? Eine Welt!

Ein solches Treffen der Christenheit hatte es bis dahin noch nicht gegeben, und ein solches Treffen kam seither auch nicht mehr zustande: Vor 30 Jahren, im März 1990, fand in Seoul in Südkorea die Weltversammlung der Christen zu *Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* statt. Kurzformel für die englischsprachige Weltchristenheit: JPIC, Justice, Peace and Integrity of Creation.

Kirchenhistorische Einschätzung aus heutiger Sicht: In Seoul 1990 war der Höhepunkt des sogenannten konziliaren Prozesses erreicht, aber eben auch überschritten. Vielleicht hat die Unsagbarkeit, die innerkirchliche Diktion ihren Anteil daran, dass dieser *Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* zwar in den Landeskirchenämtern Referententstellen erzeugte, in der nichtkirchlichen Weltöffentlichkeit in seiner Komplexität freilich nie so recht ankam und auch nicht verstanden wurde.

Aber: Im letzten Jahrhundert begleitete er, ja er trieb die politische Entwicklung vor und zur großen Politik-Wende 1989 an; er brachte in die ökumenische Be-

wegung einen ungeheuren Schwung, und er wurde in christlichen Basisgruppen mit Euphorie aufgenommen und bis heute betrieben. Die Friedensbewegung, die Umweltbewegung, die Bewegung, sich mit dem Unrecht auf dieser Welt und mit dem Konflikt zwischen Nord und Süd zu beschäftigen, leben wesentlich von ihm. So auch dieser unser AEE, als die progressive innerkirchliche Richtungsgruppe im bayerischen Protestantismus.



Das also kulminierte alles damals, 1990 in Seoul, als diese Weltversammlung der Christen mit einem ungemein anspruchsvollen Anspruch angetreten war und sich damit abquälte: Was haben wir Kirchen gemeinsam zu den Überlebensfragen der Menschheit zu sagen? Ein „unüberhörbares Wort“

sollte in die Welt hinausgeschrien werden, eine moralische Handreichung, eine sozialetische Orientierung.

Nichts geringeres meint dieser konziliare Prozess, der eine lange Vorgeschichte hat: Dietrich Bonhoeffer 1934! Mit ausdrücklicher Berufung auf diesen großen Theologen stellte 1983 der Weltkirchenrat (ÖRK) auf seiner Vollversammlung in

Glaubensbekenntnis von Seoul

Ich glaube an Gott, der die Liebe ist
und der die Erde allen Menschen geschenkt hat.
Ich glaube nicht an das Recht des Stärkeren,
an die Stärke der Waffen,
an die Macht der Unterdrückung.
Ich glaube an Jesus Christus,
der gekommen ist, uns zu heilen,
und der uns aus allen tödlichen Abhängigkeiten befreit.
Ich glaube nicht, dass Kriege unvermeidbar sind,
dass Friede unerreichbar ist.
Ich glaube nicht, dass Leiden umsonst sein muss,
dass der Tod das Ende ist,
dass Gott die Zerstörung der Erde gewollt hat.
Ich glaube, dass Gott für die Welt eine Ordnung will,
die auf Gerechtigkeit und Liebe gründet,
und dass alle Männer und Frauen
gleichberechtigte Menschen sind.
Ich glaube an Gottes Verheißung
eines neuen Himmels und einer neuen Erde,
wo Gerechtigkeit und Frieden sich küssen.
Ich glaube an die Schönheit des Einfachen,
an die Liebe mit offenen Händen,
an den Frieden auf Erden. Amen.

Bei der Weltversammlung der Christen in Seoul 1990
„Bekenntnis zu Frieden und Gerechtigkeit“

Vancouver sich die Frage und die Aufgabe, „ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden Zweiten Weltkrieges vor fünfzig Jahren für geboten hielt.“ Das war das Stichwort gerade für Mitteleuropa, Deutschland, das sich ange-

sichts des Wettrüstens zwischen NATO und Warschauer Pakt im Kalten Krieg sah. Auf dem Kirchentag 1985 in Düsseldorf, vor zwölftausend Menschen, die ihm fast atemlos lauschten, machte sich Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph, in seiner einfachen, bedeutungsschweren Sprache zum Für-

sprecher, Motor dieser Konzilsidee und einer damit entstehenden Friedensbewegung: »Der Friede ist heute Bedingung des Überlebens der Menschheit«. Und die Kirchen der Welt sollten in dieser Zeit, in der eine atomare Apokalypse möglich ist, »ein unüberhörbares Wort« sprechen. »Die Zeit drängt«, »Frieden ist möglich«, die »Institution des Kriegs« müsse ein für allemal geächtet, abgeschafft werden.

Nun gut: Aus dem Konzil wurde – aus kirchenrechtlichen Gründen, wegen katholischer und orthodoxer Bedenken – ein konziliarer Prozess. Mit Tschernobyl 1986 war das Stichwort *Bewahrung der Schöpfung* gegeben, für die Christen aus dem Süden war die Frage der Gerechtigkeit die elementare Überlebensfrage, die dem Frieden hinzugefügt wurde.

Zur Vorgeschichte der konziliaren Bewegung gehört nicht zuletzt die Eskalation der gesellschaftlichen Widersprüche in der DDR der achtziger Jahre. Mit Gorbatschows neuer Politik bekamen die Hoffnungen auf eine Veränderung des Sozialismus zum Besseren eine realpolitische Chance. Eine erste Europäische Ökumenische Versammlung 1989 in Basel, unter voller Beteiligung der DDR-Kirchen, wirkte mit ihren sozialetisch-politischen Forderungen und Vorschlägen in die Anfänge der Herbstrevolution hinein.

Dann also, nach der Wende, Seoul 1990: Über 400 Delegierte, über 300 Mitgliedskirchen des ÖRK, die Katholiken im Gaststatus dabei, 150 weitere Organisationen beteiligt, insgesamt bald 2000 wie auch immer Mitwirkende. Ein großes Forum

von Christen aus allen Himmelsrichtungen. Das anfangs beherrschende Thema war, wie es unser bayerischer Delegierter Weizsäcker ausdrückte, »der unstillbare Zorn der Menschen des Südens über die ökonomische Diktatur des Nordens«.

Dann wurde, beglückendes Erleben, der Ost-West-Gegensatz beackert und quasi ad acta gelegt. Schließlich doch Sacharbeit: Schutz des Lebens, Schutz der Natur, Recht auf Kriegsdienstverweigerung, Ablehnung von Massenvernichtungsmitteln, Bodenreform, Rassismus, Verurteilung von Folter: Christen aus aller Welt haben dazu gemeinsame Positionen erarbeitet.

Aus der ursprünglichen Konzilsidee war fast schon so etwas wie ein kleiner Weltkirchentag geworden, der sich mit einer Geschäftsordnung abquälte, in einer Woche schließlich nicht mehr als 10 sogenannte »Affirmationen« als moralisch aufgeblasene Überlebensgebote beschloss, und der von der Weltpresse sogleich die Kommentarüberschrift »Gescheitert« bekam.

Natürlich war Seoul kein Konzil geworden, aber auch nicht gescheitert: Es war der erste und bisher auch einzige Versuch, die christlichen Kirchen auf Weltenebene zusammenzuführen, damit sie eine Überlebensmoral in gemeinsamer Sprache formulieren. Das ist in Ansätzen gelungen. 1990 war für die christlichen Kirchen die Erkenntnis, dass wir nicht mehr die je getrennte vormalige Erste, Zweite, Dritte Welt sind, sondern uns zusammen begreifen müssen: als eine Welt.

Lutz Taubert

Werner Schanz gestorben – der letzte Gründer des AEE

Es war November 1967, als die drei jungen Pfarrer Kurt Hoffmann, Werner Schanz und Hermann von Loewenich zur Gründung einer „Aktionsgemeinschaft für Evangelische Erneuerung“ einluden. Vom Erfolg waren sie selbst überrascht: Zur ersten Versammlung erschienen über 200 Interessenten. Zeitweise waren über 600 Menschen Mitglieder beim AEE, der AEE mischte die Synode auf mit „KRIBS“ (Kritische Begleitung der Synode) und setzte die Frauenordination und die Segnung homosexueller Paare durch. Werner Schanz war immer dabei, nicht laut, aber beharrlich.

Er hat auf seinen beruflichen Stationen vom Schülerpfarrer zum Leiter des Studienzentrums für Evangelische Jugendarbeit und zum Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und Synodalen immer wieder „Evangelische Erneuerung“ angemahnt, aber auch selbst verwirklicht. In einem Interview Anfang

2018 hat er Bilanz gezogen und für den AEE bleibende Aufgaben gesehen; „Ich fände es gut, wenn der AEE sich erneut auf die Friedensfrage konzentrierte, zum Beispiel den militärischen Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten oder dem Waffenhandel. Die lutherische Wirtschaftsethik sollte sachbezogen und menschengerecht vertreten werden, vor allem im Hinblick auf die gegenwärtige soziale Schieflage ...“



Pfarrer Werner Schanz starb am
6. Februar 2020 in Nürnberg

So war Werner Schanz bis zuletzt ein politisch wacher Zeitgenosse, aber auch ein gründlicher Theologe und nicht zuletzt ein zugewandter Mensch, den jetzt viele betrauern. Denn er ist nach längerer Krankheit mit 88 Jahren in Nürnberg gestorben. Der AEE verneigt sich vor seiner Lebensleistung und vor seiner Frau Heide, die ihn bis zuletzt begleitet hat.

H.G.Koch



Bericht aus dem Leitenden Team (LT)

Die Mitgliederversammlung des AEE fand am 26.10.2019 im Anschluss an die Jahrestagung „Das Kreuz der Kirche mit der Demokratie“ statt. Es war klar, dass sich aus diesem Einstieg in die Frage nach innerkirchlichen demokratischen Strukturen ein Handlungsauftrag ergeben würde. Das Leitende Team hat dies am 14.11.2019 aufgenommen und eine erste Stoffsammlung zusammengestellt mit dem Arbeitstitel „**Demokratie entwickeln in der ELKB**“.

Stichworte aus der Mitgliederversammlung waren hierzu:

- Geschwisterlichkeit statt Hierarchie;
- Gremien, die Teilhabe ermöglichen, um Informationsvorsprünge abzubauen;
- Bestimmung der Synodalen durch Urwahl;
- Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts.
- In den Gemeinden: Stärkung der Befugnisse von Gemeindeversammlungen;
- Vertretung der Berufsgruppen in den Kirchenvorständen.

Der AEE strebt ein Netzwerk an: Aus dem Dialog mit engagierten Persönlichkeiten von der Gemeindebasis bis zu den Synodalen und quer durch die Berufsgruppen der Kirche sollen Impulse für eine konstruktive Weiterarbeit entstehen.

Vor der Wahl zur Landessynode hat das Leitende Team den Kandidierenden per E-Mail einen **Offenen Brief** zugesendet, in dem sich der AEE vorstellt (vgl. Seite ...). In Kürze folgt ein Begrüßungsschreiben an die gewählten und berufenen Mitglieder der Synode.

Am 23.01.2020 beschloss das LT, sich auf der Ende März in Bayreuth konstituierenden Landessynode mit einem Tagesstand vorzustellen. Da mehr als zwei Drittel der Synodalen neu gewählt wurden, muss davon ausgegangen werden, dass der AEE den Meisten noch weitgehend unbekannt ist. Es geht darum, persönlich ins Gespräch zu kommen und die Arbeitsziele des AEE zu benennen. Die Anfrage an das Büro der Landessynode auf Zulassung des Standes ist erfolgt.

hw

JAHRES- TAGUNG 2020

am 19. September 2020
im eckstein, Nürnberg
mit Christian Pfeiffer,
Kriminologe und ehem.
niedersächsischer Justiz-
minister:

„Gegen die Gewalt –
Warum Liebe und Gerechtigkeit
unsere besten Waffen
sind“

*jetzt schon mal
vormerken!*



Aus den Regionalgruppen

Nürnberg

„**Rechte Christen**“ mit Martin Becher, Bündnis für Demokratie, 3. März 18.00 im Gemeindehaus Lutherkirche, Ingolstädter Str. 124

Augsburg

Mai-Treffen der AEE-Regionalgruppe Schwaben im Biergarten vom „Ochsen“, Augsburg-Gögingen, Klausenberg 2, 4. Mai 2020, 18 Uhr

Bayreuth

Christentum und Islam im Dialog: Chancen, Herausforderungen, Perspektiven, mit Thomas Amberg, Islamwissenschaftler und Pfarrer Montag, 2. März 2020, 19 Uhr, Seminarraum Richard-Wagner-Str. 24

Nürnberg

Juden – Palästinenser – Christen: Wie umgehen mit einer vergifteten Diskussionslage?

Wir hatten die Regionalgruppe Nürnberg mit folgendem Text eingeladen:

Viele von uns sind besorgt über eine Zunahme des Antisemitismus in Europa, gleichzeitig rührt viele von uns das Leid der Palästinenser unter israelischer Besatzung.

Wer das, wie z.B. der Heidelberger Theologe Prof. Ulrich Duchrow oder das Nürnberger Forum für den Frieden (NEFF), offensiv anspricht, sieht sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt.

Müssen wir als Deutsche und speziell Christen aufgrund unserer historischen Schuld zur Politik des Staates Israel schweigen?

Johannes Friedrich gab aufgrund seiner reichen Erfahrungen, u.a. als Propst von Jerusalem, einen Überblick über die komplizierte Geschichte Palästinas in den letzten 100 Jahren und die ebenso schwierige Diskussionslage.

Mein Fazit aus diesem Abend:

Insgesamt ist Johannes über die Entwicklung nicht glücklich und hat im Moment wenig Hoffnung auf Lösungen. Es kann keine einseitige Parteinahme geben: Zu sehr gehen religiöse, politische und moralische Schuld ineinander. Recht und Gerechtigkeit kann es nur für beide Völker geben. Ein einziger Staat ist nur denkbar, wenn alle Bürger gleichberechtigt sind. Ansonsten gilt nach wie vor die „Zwei Staaten-Lösung“. Die wird allerdings durch die israelische Siedlungspolitik immer unwahrscheinlicher.

Religion darf kein Argument in der Politik sein, weder für Juden noch für Muslime. Die Verfassungsänderung, nach der Israel ein jüdischer Staat ist, ist verhängnisvoll.

Terror ist kein Mittel, er wird auch nicht zum Ziel führen.

Kritik an Israel ist noch kein Antisemitismus. Das Existenzrecht Israels steht außer Frage, aber auch das Recht der Palästinenser, in

ihrem angestammten Land zu leben.

Das Gespräch darf nicht abbrechen. Es darf auch nicht bewusst durch Kündigungen von Räumen und Absagen von Veranstaltungen verhindert werden, wie immer wieder geschieht.

Aller Möglichkeiten, auch die der lutherischen weltweiten Ökumene, müssen dazu genutzt werden, im Gespräch zu bleiben.

So geht's nicht weiter – Der AEE und die junge Generation

Thomas Zeitler führte aus seinen Erfahrungen als Studierendenpfarrer in das Thema ein. Er zeigte an soziologischen Untersuchungen an, dass „jung sein“ immer wieder etwas anderes bedeutet und andere Werte in den Vordergrund schiebt. Hat die Gründergeneration des AEE noch den Zweiten Weltkrieg erlebt, so ist die Generation, die zwischen 1946 und 1986 geboren ist, eher konfliktbereit und freiheitsliebend – viele davon fühlen sich auch im AEE wohl. Die nachfolgende „Generation Golf“ dagegen hat den Neoliberalismus

b&k – Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreis Evangelische Erneuerung (AEE).

Erscheinungsweise: halbjährlich
Herausgeber: Hans-Willi Büttner,
Sprecher des AEE

Redaktion: Gerhard Monninger (gm), Martin Kleineidam (mk), Dr. Hans-Gerhard Koch (HG), Lutz Taubert (lt)

Druck: DCT GmbH-Druckerei und Copyshop in Coburg, Oberfranken.

Der AEE ist eine innerkirchliche Richtungsgruppe im Raum der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

AEE-Geschäftsstelle: Beate Rabenstein, Geschäftsführung,
Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:

<http://www.aee-online.de>

mit seinem Streben nach Wettbewerb und Erfolg verinnerlicht, und die „Millenials“, die von 1980 - 95 Geborenen versuchen, sich darin einzurichten und private Freiräume zu erhalten. Politische, auch kirchenpolitische Konflikte sind nicht ihr Ding.

Heute ist die *Generation Z* im Kommen, die *Digital Natives*, die selbstverständlich in sozialen Netzwerken kommunizieren, Sinn und Spaß, Arbeit und Leben zugleich haben wollen und eher in Netzwerken als in Hierarchien

denken.

Sein Fazit: Leicht haben es die Jungen von heute nicht. Sie müssen zwischen Katastrophenangst und Fatalismus einen Weg finden. Der „Generationsvertrag“ bekommt Löcher. Und wir Älteren müssen anerkennen, dass unsere Weg nicht der ihre ist und wir unsere Machtpositionen räumen müssen.

Hans-Gerhard Koch

Namen und Adressen

Leitendes Team

Hans-Willi Büttner, Sprecher,

Pfarrer i. R., Lübecker Str. 6, 90766 Fürth, 0911-897832 aee-bayern@elkb.de

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam,

Gemeindepfarrerin, Augsburg, 0821-95022 Kapp-Kleineidam@elkb.de

Heike Komma, Religionspädagogin,

Bayreuth, 0921-596140 kirchplatztreff@gmx.de

Dr. Bernd Wintermann, Lehrer i. R.,

München, 089-3004676 Bernd.wintermann@gmx.de

Thomas Zeitler, Pfarrer Lorenzer Laden,

Nürnberg, 0911-49074835 ladenpfarrer@gmx.de

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth,

0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Regionalgruppe Augsburg

Pfarrer Martin Kleineidam, Klausenberg 1, 86199 Augsburg

0821 / 91182 Martin.Kleineidam@elkb.de

Regionalgruppe München

Pfarrer i. R. Gerhard Monninger, Buttermelcherstr. 19, 80469 München,

089 - 88 98 35 34 gerhardmonninger@web.de

Regionalgruppe Nürnberg

Hans-Willi Büttner (siehe oben) und

Dr. Hans-Gerhard Koch, Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth,

hagekoch@kabelmail.de

Regionalgruppe Bayreuth

Dr. Jürgen Wolff 0921 - 5606811 wolff@ebw.bayreuth.de und

Johannes Herold, Pfarrstr. 6, 95100 Selb johannes.a.herold@googlemail.com

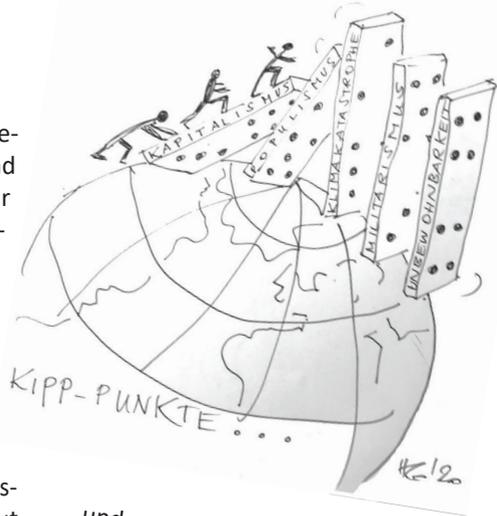
Am Kippunkt

Kippunkt: Drei P hintereinander, Herausforderung fürs Aussprechen und fürs Lesen, ein herrliches Wort für Rechtschreibfreunde und für phonetische Ästhetiker.

Eine Herausforderung ist so ein Kippunkt aber auch an unser Vorstellungsvermögen: Wenn etwas tagein tagaus, langsam, stetig, geradlinig, linear verläuft – jeden Tag schmilzt vom unvorstellbar riesigen Eisschild in der Westantarktis ein klitzekleines bisschen – dann können wir uns partout nicht vorstellen, dass eines Tages – krach! – der halbe Eisschild abbricht und ins Meer kippt. Dies die – zugegebenermaßen naturwissenschaftlich unzulässig vereinfachte – Erzählung von der Rasanz des Klimawandels.

Kippunkte gibt's nicht nur für Klimaforscher. Wir kennen auch soziale oder gesellschaftspolitische Kippunkte. Beispiel aus der Sozialforschung: In einer Straße einer großen Stadt in den USA zogen, über lange Zeit hinweg, alljährlich ein paar Weiße weg und ein paar Schwarze hinzu. Bis zu einem (Prozentzahl-)Punkt, an dem plötzlich die „Rest-Weißen“ sagten: Jetzt ziehen wir auch weg. Und im Jahr drauf war – sozusagen mit einem Schlag – kein Weißer mehr da, die Straße war schwarz.

Ganze Gesellschaftssysteme können lange Zeit stur so bleiben, wie sie nun mal sind. Und dann, durch irgendein Ereignis, das Zusammentreffen mehrerer Faktoren, in eine radikal andere Richtung,



und zwar in eine positive, kippen. Luther! Buchdruck! Schon ein historischer Kippunkt. Ungarn ab 1987: Das hat den ganzen Ostblock zu Fall gebracht. Auf so einen geopolitischen Kippunkt könnten wir doch auch beim Kampf gegen die todbringende Fossilindustrie hoffen. Großbritannien hat's vorgemacht: CO₂-Mindestpreis eingeführt, schon kippte die – plötzlich nicht mehr rentable – Kohlestromerzeugung von 40 auf 3 Prozent, der CO₂-Ausstoß kippte nach unten! Da müssten nur noch ein paar weitere größere Industrieländer folgen, und schon wäre die Welt – wenigstens ein bisschen – gerettet. Und könnte nicht auch die von Greta Thunberg begonnene Friday for Future - Bewegung ein solcher sozialer Kippunkt werden? Wie gesagt, Kippunkte sind eine große Herausforderung an unser Vorstellungsvermögen. It